

## Bildungsreform - zwischen Schein und Sein?

Am 17. November 2016 – genau ein Jahr nachdem die Bildungsreform vorgestellt wurde – soll im NEOS Lab ein Blick auf die Umsetzung geworfen und die von Bundesministerin und Staatssekretär kürzlich präsentierten Vorstellungen kritisch beleuchtet werden. An den Diskussionstischen stehen APS Lehrervertreter Thomas Bulant, APS Elternvertreter Karl Dwulit, Elementarpädagogin Nicole Ruckser, Bildungsexpertin HR Mag. Heidi Schrodt, NEOS Bildungssprecher Dr. Matthias Strolz und Bundesschulsprecher Harald Zierfuss.

Frage an alle: *Was sehen Sie positiv, was sehen Sie negativ an den Vorschlägen?*

**Bulant** sieht positiv, dass die Elementarpädagogik als Bildungsinstitution anerkannt wurde und negativ, dass der Kompetenzdschungel im APS Bereich groß bleibt.

**Schrodt** sieht das Autonomiepaket positiv, aber nicht alles davon und negativ, dass keine Finanzierung nach dem Sozialindex vorgesehen ist.

**Dwulit** freut sich, dass auch pädagogische Themen und nicht nur solche der Verwaltung vorkommen, negativ ist für ihn die Ausgrenzung der Schulpartner. Kinder stehen zu wenig im Fokus.

**Ruckser** sieht auch die Aufwertung der Elementarpädagogik positiv, negativ ist für sie, dass in diesem Bereich vieles nicht berücksichtigt wurde.

**Zierfuss** sieht die Autonomie positiv, negativ die Ausschaltung der Schulpartner in gewissen Bereichen.

**Strolz** sieht es positiv, dass Bildungsfragen auch außerhalb der Gesamtschule wie Autonomie oder frühe Bildung mehr Aufmerksamkeit erhielten. Negativ ist für ihn, dass vieles noch Stückwerk sei, und die Schulpartner weniger eingebunden werden sollen. Das 15% Modell für die Gesamtschule bezeichnet er als Unsinn. Der Regierung werde die Zeit ausgehen ihre Vorhaben umzusetzen.

### *Stellungnahmen zur Autonomie*

**Schrodt** sieht darin positive Elemente, es müsste aber noch viel geklärt werden, z.B. die Schulcluster. Finanzielle Autonomie werde es nur für Bundesschulen gebe. Bei den Bildungsdirektionen bestehe die Gefahr einer noch größeren Macht der Landeshauptleute. Zusätzliches Supportpersonal sei nicht vorgesehen. Erfreulich für sie, dass die Ganztagschule vorkomme.

**Bulant** verweist auf die Problematik der neun Bundesländer, die über die Autonomie sehr unterschiedliche Vorstellungen hätten.

**Dwulit** sieht es als problematisch an, dass aufnehmende und abgebende Schulen oft unterschiedliche Regeln hätten, z.B. bei der Art der Notenvergabe. Autonomie dürfe für Kinder keine Sackgasse werden. Erfolgreiche Autonomie setze gelebte Schulpartnerschaft voraus.

**Zierfuss** stimmt dem zu. Er hofft auf eine Umsetzung noch in dieser Regierungsperiode.

**Strolz** erinnert, dass die Universitäten zunächst nicht gut mit der Autonomie des UOG 1993 umgehen konnten. Er glaubt aber, dass die Autonomie in 25 Jahren umgesetzt sein wird.

### *Stellungnahmen zum Übergang Kindergarten – Volksschule*

**Ruckser** sieht die neue Schuleingangsphase grundsätzlich positiv. Es fehle aber die Gleichstellung der Elementarpädagoginnen mit den Volksschullehrerinnen. Problematisch sei, dass zwei Ministerien für die Schuleingangsphase zuständig sind. Es kümmere sich niemand darum, ob die Elementarpädagoginnen auch das leisten können was man von ihnen erwartet. Die Unterschiede zwischen den neun Bundesländern seien sehr groß.

Für **Bulant** ist das Ergebnis des Finanzausgleichs enttäuschend. Die Bildungsministerin hatte kein Mandat bei den Verhandlungen.

Für **Dwulit** steht das Belehren in der Schule zu stark im Vordergrund. Er glaubt, dass die Länder gerne ihre Unterschiede aufzeigen.

Im **Publikum** gibt es unterschiedliche Vermutungen darüber, warum es keine einheitlichen österreichweiten Regelungen gibt. Es gehe darum parteipolitisch besetzte Posten zu erhalten, die Bun-

desländer seien nicht leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, Schuld sei Kelsen, der bei der österreichischen Verfassung möglichst viel von der Monarchie übernehmen wollte. Um seine Verwaltungsstruktur zu rechtfertigen, müsste Österreich 66 Millionen Einwohner haben.

Aus dem **Publikum** kommt weiters die Aufforderung, es nicht mehr länger zur Kenntnis zu nehmen, dass die Elementarpädagogik so stark vernachlässigt werde. Es sollte mehr politischer Druck ausgeübt werden. Ein **Schuldirektor** kritisiert den Versuch des Ministeriums, eine neue Verordnung zur Beschreibung der Ziffernnoten zu erlassen. Das konnte aber gerade noch gestoppt werden. Ein Autonomiemonitoring werde nötig sein. Ein **Teilnehmer** kritisiert, dass viele neue Gesetze zur Umsetzung der Vorhaben nötig sein werden, was mehr Bürokratie und mehr Dokumentationspflichten (siehe z.B. Bildungskompass) bringen werde. Eine **Lehrerin** kritisiert die Lehrerausbildung als unzureichend. „Bildung steht und fällt mit den Pädagoginnen und Pädagogen“. Die Direktorinnen und Direktoren seien auf die Autonome nicht vorbereitet. Sie hat wenig Hoffnung, dass sich rasch etwas ändern werde.

**Bulant** setzt große Hoffnungen in die neue Bildungsministerin. Sie stehe aber unter großem Zeitdruck. **Schrodt** sieht ein zu starkes Bedürfnis nach Regelungen bei den Juristen im Ministerium. Mit der Autonomie müssten jene Schulen beginnen, die sich schon auf den Weg begeben hätten. **Dwulit** meint auch, dass die Lehrerausbildung noch nicht zur gelebten Schulpartnerschaft passe. Bei Veränderungen ginge alles sehr langsam. **Ruckser** fordert Zeit, Ressourcen und eine akademische Ausbildung im Elementarbereich. **Zierfuss** hofft auf bessere Direktoren und Direktorinnen, auf verstärktes Feedback in allen Bereichen. Den Bildungskompass sieht er positiv. **Strolz** meint, dass das Schulsystem extrem stark auf eine Spaltung der Gesellschaft hinarbeite. Wir kämen aus dem status quo nicht heraus, aber der Druck steige. Positive Veränderungen müssten von der Basis aus entstehen.

*Christine Krawarik*